



Stadt Bern

Direktion für Bildung
Soziales und Sport



Platzbetrieb und Soziales: Konzept und Partizipationsprojekt der Stadt Bern

Fachtagung SGV «Stand-, Durchgangs- und Transitplätze für
Jenische, Sinti und Roma»

David Kieffer, Sozialamt Stadt Bern
Bern, 26. Januar 2018

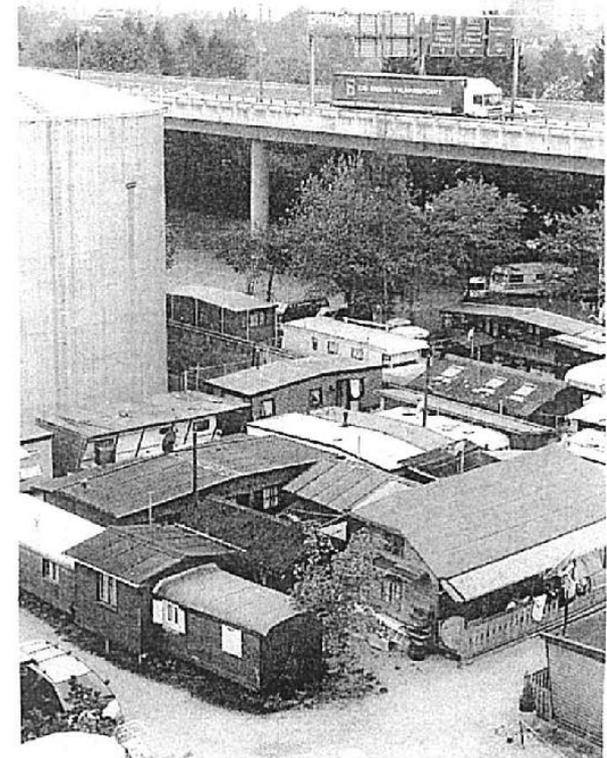
Bemerkung vorab

- Wir verstehen uns nicht als «Best Practice»-Beispiel, teilen aber gerne unsere Erfahrung aus bald 20 Jahren Platzbetrieb.
→ Werkstattbericht über die aktuelle Situation sowie frühere und heutige Ansätze beim Platzbetrieb und in sozialen Fragen.
- Fokus der Präsentation liegt auf *Stand*plätzen. Bei *Durchgangs*plätzen unterscheiden sich die Rahmenbedingungen.
- Der Standplatz Buech ist in verschiedener Hinsicht ein Sonderfall. Die Situation in Bern und die gewählten Lösungsansätze lassen sich wohl nicht 1:1 auf andere Standorte übertragen.
- **Wir können uns nur über unseren Platz und unsere Zusammenarbeit mit den Platzbewohnenden in Bern äussern, keine Allgemeingültigkeit**

Ausgangslage

- Jahrzehntlang wohnten in der Stadt Bern Jenische, Sinti und Roma in wohnhygienisch prekären Verhältnissen, zuletzt unter einem Autobahnviadukt.
- 1997 beschloss die Stimmbevölkerung der Stadt Bern die Schaffung eines Standplatzes für Jenische, Sinti und Roma.
- 1998 konnte der Standplatz Bern Buech eröffnet werden. Damals war der Standplatz in dieser Form schweizweit neuartig.

Alter, provisorischer Standplatz



Standplatz Buech heute



Facts & Figures Standplatz Buech

- 15'000 m²
- 37 Parzellen
- ca. 120 Platzbewohnende (davon knapp 30% minderjährig)
- Gemeinsame Fläche + Gemeinschaftshaus

- Damit ist Buech heute der zweitgrösste Standplatz der Schweiz.
- Standplatz steht ganzjährig zur Verfügung
 - Stellplätze sind dauerhaft vermietet.
 - Fahrnisbauten vor Ort sind teilweise relativ stark ausgebaut.
 - viele Standplatz-Bewohnende sind ganzjährig anwesend und fahren nicht mehr.

Erkenntnis nach einigen Jahren: «Hardware» alleine reicht nicht.

«Software» ab 2003

- Städtischer Koordinationsausschuss Fahrende: Sozialamt, Schulamt + Schulleitungen, Immobilien Stadt Bern, Jugendamt, Polizei
- Zwei (kleine) Mandate zur Unterstützung der Platzbewohnenden: «Soziales» und «Schule»
- «Komitee des Standplatzes Buech» als Vertretung der Platzbewohnenden nach aussen
- Platzordnung
 - Integraler Bestandteil des Mietvertrags
 - Klare Regeln für alle
- Schulpflichtvereinbarung / -regelung
 - Versuch Widersprüche zwischen Schulpflicht und fahrender Lebensweise zu klären

Situation 2016

- Schleichende Erosion der Errungenschaften von 2003
 - Sichtweise Stadt: Gesamtsituation verschlechtert sich zunehmend und ist unbefriedigend
-
- Erstellen einer vertieften Analyse der Situation
 - Formulieren strategischer Grundlagen für das städtische Handeln
 - Definieren von Massnahmen zur Verbesserung der Situation

Identifizierte Herausforderungen

- Überbelegung des Standplatzes
- Zusammenarbeit zwischen Bewohnenden und Verwaltung
- Schulpflicht
- Platzordnung
- Gesundheitliche, wirtschaftliche und soziale Situation der Bewohnenden

→ Wir haben 15 Jahre lang investiert. Wie soll es weiter gehen?

Haltung der Stadt Bern

- Der Stadt Bern ist es ein Anliegen ihren Beitrag zu leisten und den Minderheiten der Jenischen, Sinti und Roma einen angemessenen Standplatz zur Verfügung zu stellen.
- Haltung:
 - Engagement und Entgegenkommen: Kooperative Zusammenarbeit, basierend auf Verständnis und Rücksichtnahme auf die besonderen Bedürfnisse der Jenischen, Sinti und Roma.
 - Gleichzeitig klare Linie: Konsequentes Durchsetzen der Regeln und ggf. Ergreifen von Sanktionen
- Handlungsgrundsätze:
 - Eigenverantwortung einfordern und fördern
 - Mitwirkungsrecht bei der Gestaltung des Lebens auf dem Platz
 - Zusammenarbeit in gegenseitigem Respekt und auf Augenhöhe
 - Erwartungen und Regeln werden klar definiert und kommuniziert

Angestrebter Soll-Zustand

Wichtigste Punkte:

- Geordnete Verhältnisse auf dem Standplatz:
 - Klare Regeln und konsistente Haltung seitens Verwaltung
 - Anerkennung und Einhaltung der Platzordnung
 - Bewohnende übernehmen Eigenverantwortung für den Platz
 - Komitee vertritt Gemeinschaft nach aussen
- Sozialarbeiterische Ressourcen tragen zur Verbesserung der Lebenssituation bei
- Kinder nehmen im Winterhalbjahr am Unterricht teil, während des Reisens stehen sie in kontinuierlichem Kontakt mit den Lehrpersonen und erarbeiten den Schulstoff selbständig

Beschlossene Massnahmen

- Interne Haltungs- und Rollen-Klärung (M1-3)
- Einfordern der Unterstützung des Kantons (M4-5)
 - Schaffung zusätzlicher Standplätze im Kanton
 - Abgeltung des Aufwands
- Schulbereich (M7-9)
 - Konzept «Lernateliers»
 - Pilotprojekt «Lernen unterwegs»
 - Überarbeitung Schulpflichtregelung
- Optimierung Platzbewirtschaftung (M10-11)
 - Konsequenteres Einfordern der Mieten
 - Überarbeitung Platzordnung
- Verbesserung der Kommunikation (M12)
- **Gemeinwesenarbeits-Projekt (M6)**

Herausforderungen bei der Zusammenarbeit

Kulturelle Unterschiede:

- Schriftlich vs. Mündlich
- Wertevorstellungen
- Bildungsverständnis und Stellenwert

Historische Erfahrung:

- Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft
- Verhältnis zur Verwaltung

Untersch. Hintergründe:

- Bildungshintergrund
- Vertrautheit mit Funktionsweise Verwaltung
- Institutionelle Macht

Rahmenbedingungen:

- Rechl. Widersprüche
- Politischer Auftrag
- Ressourcen

Gemeinwesenarbeit allgemein

- Miteinbezug der ganzen Gemeinschaft und Sozialraumorientierung
- Orientierung an den Bedürfnissen und Themen der Menschen
- Förderung der Selbstorganisation und der Selbsthilfekräfte
(nicht *für* die, sondern *mit* den Leuten, Förderung der aktiven und selbstbestimmten Gestaltung der eigenen Lebensbedingungen und der Organisation im Quartier)
- Verbesserung der materiellen Situation und der infrastrukturellen Bedingungen
(adäquater Wohnraum, attraktives Wohnumfeld, Arbeit, Grundversorgung, ...)
- Verbesserung der immateriellen Faktoren
(Gruppenidentität, soziales Klima, kulturelles Leben, Partizipation, Alltagskontakte, Selbstvertrauen, ...)
- Vernetzung und Kooperation, Nutzung vorhandener Ressourcen, ...

Chancen von GWA

- GWA basiert auf Freiwilligkeit – kein Zwangskontext. GWA kann und muss keine Regeln durchsetzen.
 - GWA ist neutral und wird nicht als Vertretung der Behörden wahrgenommen.
 - Der GWA liegt eine akzeptierende Haltung gegenüber anderen Wertesystemen zugrunde.
 - GWA orientiert sich an den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Menschen, positiver Zugang.
 - GWA vernetzt sich mit allen relevanten Anspruchsgruppen.
- Auf diese Weise ermöglicht GWA einen Vertrauensaufbau, eröffnet neue Zugänge und kann Brücken schlagen und Übersetzungsarbeit leisten
- Im Gegenzug benötigt der GWA-Ansatz aber auch viel Zeit.

GWA-Projekt auf dem Standplatz Buech

- **Gemeinwesenarbeit (GWA) erscheint uns vielversprechend, um gleich mehrere der aktuellen Herausforderungen anzugehen.**
- Mandatierung der bereits im Quartier aktiven Stiftung B
- Einsatz einer ausgebildeten Gemeinwesenarbeiterin
- Wöchentlich 12 Stunden im Winterhalbjahr und 8 Stunden im Sommerhalbjahr
- Laufzeit: 3 Jahre mit Option auf Verlängerung
- Begleitgruppe bestehend aus Vertretern der Platzbewohnenden und der Verwaltung

Hauptziele GWA-Projekt

Hauptziele:

- Die Bewohnenden von Buech pflegen eine konstruktive und verlässliche **Zusammenarbeit** mit der Verwaltung.
- Die Bewohnenden des Standplatzes übernehmen mehr **Eigenverantwortung** für das Funktionieren des Standplatzes.
- Die wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche **Situation der Bewohnenden** auf dem Standplatz Buech hat sich verbessert.

Teilziele GWA-Projekt

- Die Selbstorganisation der Gemeinschaft ist gestärkt.
- Es besteht eine Vertretung der Gemeinschaft, die von den Bewohnenden anerkannt ist und als Verwaltungspartner gegenüber der Stadt legitimiert ist.
- Ein angemessenes Gefäss für den regelmässigen Austausch mit der Verwaltung ist etabliert.
- Die Platzordnung wird von allen Bewohnenden anerkannt.
- Der Zusammenhalt in der Gemeinschaft und die Einbettung im Quartier werden verbessert.
- Mit Blick auf die knappen Platzverhältnisse sind die Bewohnenden offen für die Möglichkeit eines Umzugs auf weitere Standplätze.

Aktueller Projektstand

- Projektbeginn im Sommer 2017
- Einarbeitung der Gemeinwesenarbeiterin in das Dossier
- Aufbau von Beziehungen zu den Bewohnenden des Standplatzes und Vernetzung mit relevanten Anspruchsgruppen
- Erste Aktivitäten:
 - Unterstützung beim Mitwirkungsprozess der Bewohnenden im Rahmen der Erarbeitung der neuen Platzordnung
 - Aufnehmen der aktuellen Themen (u.a. Energiekosten)
 - Begleitung der Aktivitäten zum Jubiläum «20 Jahre Standplatz Buech»
 - ...

Fazit: Erfahrungen in Bern (I)

- Es reicht nicht aus, lediglich einen Standplatz zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich zur «Hardware» ist auch «Software» nötig.
- Beispiele für «Software»:
 - Klare Rahmenbedingungen für das Leben auf dem Platz (Platzverwaltung, Platzordnung, Schulpflichtregelung)
 - Klar definierte und legitimierte Vertretung der Platzbewohnenden nach aussen
 - Klare Gefässe des Austauschs und der Kommunikation zwischen Verwaltung und Bewohnenden
 - Vernetzung aller involvierten Verwaltungsstellen
 - Massnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Schule und Reise
 - Angebote zur Verbesserung der Lebenssituation
- Einmalige Investition reicht nicht, Beziehungen müssen gepflegt und Rahmenbedingungen aktuell gehalten werden.

Fazit (II)

- Die nötige «Software» ist abhängig von den spezifischen Gegebenheiten des jeweiligen Platzes, z.B.
 - Platzgrösse
 - Zusammensetzung der Platzbewohnenden
 - Möglichkeiten der Standortgemeinde
- Es ist auch eine politische Frage, was und wieviel unternommen werden soll. Verschiedene Schwerpunktsetzungen möglich:

Platzverwaltung + Platzordnung	Zusammenarbeit Verwaltung – Platzbewohnende	Koordination innerhalb der Verwaltung	Schul- besuch	Verbesserung der Lebenssituation
-----------------------------------	---	---	------------------	-------------------------------------

- Umsetzung erfordert Fingerspitzengefühl, Augenmass und Offenheit
- GWA ist aus unserer Sicht ein spannender Ansatz. Ob unser GWA-Projekt allerdings erfolgreich sein wird, muss sich erst noch zeigen

Fragen? Anmerkungen?



Diskussionsfragen

- Welche Erfahrungen haben Sie mit «Software» für Stand- oder Durchgangsplätze gemacht?
- Wieviel Aufwand für solche Begleitmassnahmen ist überhaupt gerechtfertigt?
- Wie kann der Aufwand, der den Gemeinden durch solche Begleitmassnahmen entsteht, finanziert werden?
- Bei welchen Herausforderungen des Platzbetriebs kann weggeschaut werden, wo muss hingeschaut werden?
- Wie soll damit umgegangen werden, dass die Notwendigkeit solcher Begleitmassnahmen die Hürden für die Schaffung eines Platzes möglicherweise zusätzlich erhöht?

Bei Fragen und Feedback

David Kieffer

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Sozialamt Stadt Bern

david.kieffer@bern.ch